



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schweitzer, Ernst Emil: Englands Stellungnahme zum Zionismus und der
Standpunkt der deutschen Juden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Englands Stellungnahme zum Zionismus und der Standpunkt der deutschen Juden

Don Dr. Ernst Emil Schweizer



Das Versprechen der englischen Regierung, dem jüdischen Volk eine nationale Heimstätte in Palästina zu verschaffen, hat den Zionismus mit einem Schlage zu einem Faktor der Weltpolitik gemacht. Die gesamte englische Presse hat die Erklärung Balfours gebilligt, und zweifellos hofft man hierbei auf englischer Seite jüdische Sympathien im Ausland zu gewinnen. So schreibt „Manchester Guardian“ vom 9. November 1917: „Die Regierung hat sicherlich eine Politik von großer und weittragender Bedeutung proklamiert, aber die letztere kann nur ihre vollen Früchte tragen, wenn die Juden der ganzen Welt ihre Bemühungen vereinen“. In der Tat erklärt z. B. Dr. S. Zinkelstein in einem Interview der großen schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter“ vom 21. November 1917: „Die Juden der ganzen Welt sagen England für sein Versprechen Dank und hoffen, daß alle anderen zivilisierten Staaten sich England anschließen werden“. Demnach dürfte die Stellungnahme der deutschen Juden von besonderem Interesse sein.

Ich habe mich verschiedene Male in liberalen Blättern scharf gegen eine bestimmte Richtung im Zionismus gewendet; es handelt sich hierbei um jene extreme national-jüdische Propaganda, die in der deutschen Judenheit künstlich eine hebräische Sprachkultur zu züchten sucht, und zu diesem Zwecke die Errichtung von jüdischen Volksschulen betreibt. Unabhängig von diesen gefährlichen nationalistischen Spielereien ist der große Gedanke des Zionismus, wie ihn Theodor Herzl verkündigt hat, dem verfolgten und verachteten jüdischen Volke eine Heimstätte in Palästina zu geben. Dieser Grundgedanke ist es allein, dem die zionistischen Parteien ihre große Zahl von Anhängern verdanken, und ihm können wir, die wir jede jüdisch-nationale Propaganda in Deutschland verwerfen, unsere Sympathie nicht versagen. Es kommt hierbei insbesondere in Betracht, daß es in Rußland, Polen, Rumänien, Tausende und Abertausende von Juden gibt denen kein Unbefangener eigenes, nationales Leben absprechen kann, und denen das „Wenn ich deiner vergesse, Jerusalem, dann verdorre meine Zunge“, keine Phrasen, sondern Erleben und Aufgabe bedeutet.

Für überaus bedenklich aber halten wir es, die Zukunft der jüdischen Nation in die Hände Englands zu legen. Dies widerspricht schon dem rein jüdischen Interesse. Wird Palästina ein Judenstaat unter englischem Protektorat, so wird zweifellos bei der großen Geschicklichkeit der Engländer im Kolonisieren (man denke nur an die Burenstaaten) englischer Geist bald das ganze Land beherrschen. Es wird dann jene Kluft zwischen den Generationen entstehen, die wir schon jetzt

in Amerika beobachten können, wo der aus Rußland eingewanderte zionistische Vater bis auf die letzte Förmlichkeit dem jüdischen Stamme treu bleibt, während der Sohn sich inner- und äußerlich dem amerikanischen Geiste anzupassen versteht. Dieser englisch-amerikanische Geist, den man als den Geist des Pragmatismus kennzeichnen kann — so z. B. zutreffend Scholz in seiner empfehlenswerten kleinen Arbeit über „das Wesen des deutschen Geistes“*) — d. h. als die Wertauffassung die das praktische Leben nicht an den Ideen, sondern die Ideen an den Bedürfnissen des praktischen Lebens mißt, steht in schroffstem Gegensatz zu dem religiösen Ethos des Judentums. Wird also das Judentum unter den Einfluß und in den Dienst des englischen Imperialismus gestellt, so siegt das nationale Judentum, aber auf Kosten des Judentums, d. h. auf Kosten alles dessen, was am Judentum wertvoll und wesentlich ist.

Es ist demnach kein Zufall, daß selbst der Vorkämpfer des extremen jüdischen Nationalismus, Martin Buber, in seinem „Geist des Judentums“**) auf die Verwandtschaft von Deutschtum und Judentum hinweist und im Hinblick auf diese gerade bei Deutschland Schutz und Unterstützung erhofft. Noch weit gründlicher aber und tiefer schürfend hat Hermann Cohen in seiner trefflichen Arbeit die innigen Beziehungen von „Deutschtum und Judentum“***) dargestellt. Cohen folgert aus der Einheit, die die ganze bisherige Geschichte zwischen Deutschtum und Judentum angebahnt habe, sogar „daß auch dem Juden in Frankreich, in England und in Rußland Pflichten der Pietät gegen Deutschland obliegen; denn es ist das Mutterland seiner Seele, wenn anders seine Religion seine Seele ist“. Demnach kann eine jüdische Autonomie in Palästina schon vom rein jüdischen Gesichtspunkte nur im Anschluß an die Mittelmächte in Betracht kommen. Zumal die von England erstrebte Unterdrückung der muselmännischen Bevölkerung bedeutet eine Ungerechtigkeit, die dem ethischen Charakter des Judentums aufs schroffste widerspricht und von seinen Bekennern und im wohlverstandenen eigenen Interesse nicht mitgemacht werden kann.

Selbstverständlich ist aber, — denn das Moralische versteht sich immer von selbst — daß wir deutschen Juden, die wir uns national als Deutsche, nur als Deutsche fühlen, als entscheidend lediglich den deutschen Gesichtspunkt anerkennen können. Von diesem müßten wir eine, wie immer verhüllte, englische Vorherrschaft in Palästina als ein Unglück ansehen; wohl zu billigen ist aber auch vom deutschen Standpunkte die Schaffung der von den Zionisten erstrebten jüdisch-autonomen Heimstätte in Palästina, durch welche die Souveränität der Türkei in keiner Weise angetastet werden soll und bei der demnach auch die Interessen der christlichen und der muselmännischen Bevölkerung durchaus zu wahren sind. Bereits mehrfach ist hervorgehoben worden, daß die deutschen Sprachkenntnisse der in Palästina eingewanderten Juden sich für die Handelsbeziehungen zu Deutschland als äußerst vorteilhaft erweisen dürften.

So ergibt eine unbefangene Betrachtung, daß die Interessen des Zionismus mit denen der Mittelmächte Hand in Hand gehen. Die „Jüdische Rundschau“ (Januar 1917), das offizielle Organ der deutschen Zionisten, bezeichnet denn auch die Erklärung, die der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von dem Busche-Gaddenhausen namens der deutschen Reichsregierung zu der Judenfrage, insbesondere über die Bestrebungen der Zionisten in Palästina abgegeben hat, als eine ebenso wichtige wie erfreuliche Zustimmung zu den Hauptforderungen, welche die Judenheit der ganzen Welt gegenwärtig erhebt, wobei sie auf die Entschliebung der deutschen zionistischen Zentrale vom 23. Dezember 1917 verweist, welche der Reichsregierung ihren Dank für das wohlwollende Interesse ausspricht, das sie während der gesamten Kriegsdauer der jüdischen Siedlung in Palästina zugewandt habe. — In der Erklärung des Auswärtigen Amtes vom

*) Verlag von G. Grote, Berlin (1.—).

**) Verlag von Kurt Wolff, Leipzig (4.50).

***) Verlag von Alfr. Töbelmann, Gießen (1.30).

5. Januar ist die Absicht der kaiserlich osmanischen Regierung begrüßt worden, die aufblühende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung, von örtlicher Selbstverwaltung und freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern. Die „Jüdische Rundschau“ bezeichnet diesen Schritt als öffentliche Zustimmung der deutschen Regierung zu den zionistischen Bestrebungen und ist überzeugt, daß diese Kundgebung in den weitesten jüdischen Kreisen freudigen Widerhall erwecken wird. Im Zusammenhang mit den Äußerungen des Grafen Czernin, daß die österreichische Regierung den zionistischen Bestrebungen mit Wohlwollen gegenüberstehe und sie zu fördern bereit sei und der amtlichen Auslassung des Großwesirs Talaat Pascha kann nunmehr von einer einheitlichen Stellungnahme der Zentralmächte zugunsten der zionistischen Frage gesprochen werden*).

Ist somit die Grundlage eines Zusammengehens aller jüdischen Richtungen in den wesentlichsten Fragen gegeben, so erscheint um so gefährlicher eine seit längerer Zeit von extrem-national-jüdischer Seite betriebene Agitation, welche in ihren Forderungen weit über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen hinausgeht; ich denke hierbei insbesondere an die maßlosen und ungerechten Angriffe, welche gegen die deutsche Regierung erhoben werden, weil diese sich nicht mit den jüdisch-nationalen Bestrebungen in den besetzten Gebieten Rußlands und Polens identifiziert. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht z. B. der programmatische Artikel, den Theodor Behr über „Deutschlands Judenpolitik“ veröffentlicht; diese Arbeit verdient unsere besondere Beachtung, weil sie in Martin Bubers „Juden“ (Dezember 1917) an leitender Stelle erschienen ist — einer Zeitschrift, die unbefritten das erste Organ des deutschen Nationaljudentums ist, und die durch den hohen geistigen Gehalt vieler ihrer Beiträge mit Recht eine geachtete Stellung in der jüdischen Presse überhaupt einnimmt, ja von Außenstehenden sogar vielfach als „das“ jüdische Organ angesehen wird. Die Arbeit Behrs kann man beinahe als ein Ultimatum an die deutsche Regierung bezeichnen. Behr führt aus:

„Der grundsätzliche Fehler der deutschen Judenpolitik liegt klar zutage; es ist die Verkennung der Stärke der jüdischen Nation. Die Deutschen waren zu sehr daran gewöhnt, jüdische Dinge ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer konfessionellen Angelegenheit zu betrachten. . . . Es wäre ein unverzeihlicher Fehler der deutschen Politik, wenn sie es endgültig unterließe, das Wenige zu erfüllen, was die Juden von Deutschland erwarten. Das ist, um es noch einmal kurz zusammenzufassen: die Anerkennung der jüdischen Nation als eines eigenen Volkes mit nationalen Rechten in den Ländern des Ostens, wo die Juden in Massen gesiedelt sind, sowie die Anerkennung der jüdischen Forderung auf Schaffung eines jüdisch-nationalen Zentrums in Palästina.“ („Der Jude“, Seite 586.)

Daß dieser letzteren auf Palästina bezüglichen und vom wohlverstandenen Interesse des Zionismus allein wesentlichen Forderung die deutsche Regierung zu allseitiger Zufriedenheit Rechnung getragen hat, ist oben dargelegt worden. Als gänzlich abwegig müssen wir es aber auch von unserem gutjüdischen und zionistfreundlichen Standpunkt bezeichnen, wenn Behr es so darstellt, als hätte Deutschland im Weltkriege nicht dringendere Aufgabe und Beruf, denn sich als Schildträger des nationalen Judentums in die Angelegenheiten der anderen Staaten und Nationen zu mischen und sich so den Kampf um die eigene nationale Existenz zur Genugtuung aller Feinde noch selbst zu erschweren.

„Es kann keinem Zweifel unterliegen“ — bemerkt Behr, — „daß die jüdische Welt heute immer mehr dazu getrieben wird, an eine ganz andere Entwicklung zu glauben, die sie zwingen würde, ihren Dank nicht bei Deutschland abzustatten. Neben der unbefriedigenden Stellungnahme Deutschlands in der palästinischen Frage trägt hierzu das absolute Stillschweigen der deutschen Regierung in der Frage der rumänischen Juden und in noch stärkerem Maße die

*) Anm. Ich entnehme diese Mitteilung über die Stellungnahme der „Jüdischen Rundschau“ der „Breslauer Zeitung“ (Nr. 26 vom 25. Januar 1918).

Haltung bei, die Deutschland zu den nationalen Bestrebungen der Juden in dem von den Deutschen besetzten Gebiete in Polen und Litauen einnimmt. Es ist in der Tat schwer zu verstehen, warum die deutsche Regierung so ängstlich zögert, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß die rechtliche und nationale Gleichstellung der rumänischen Juden ihr als eines ihrer Friedensziele erscheint. Ungeachtet des Eifers, mit dem sie sich für die Abstellung der Beschwerden der irischen, indischen und Gott weiß welcher exotischen Völker einsetzt, ist ihr Stillschweigen gegenüber der wahrhaftig nicht weniger belegten Unterdrückung der rumänischen Juden höchst sonderbar". (Seite 583.)

Also als Preis für die Sympathie der Nationaljuden wird hier von der deutschen Regierung verlangt, daß sie die rechtliche und nationale Gleichstellung der rumänischen Juden als Friedensziel feststellt. Das ist Amateurpolitik schlimmster Art. Und es ist eine Irreführung, wenn Behr es so darzustellen sucht, als hätte Deutschland auch die Gleichstellung „der irischen, indischen und Gott weiß welcher exotischen Völker“ jemals als sein Friedensziel ausgegeben. In Wahrheit hat unsere Regierung lediglich das heuchlerische Gerede der Ententediplomaten von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, in dessen Namen man den Anspruch auf Elsaß-Lothringen zu erheben wagt, sowie die Zerstückelung Österreich-Ungarns verlangt, dadurch entlarvt, daß sie — nach dem Grundsatz Charity begins at home — die Frage aufwarf, wie es denn mit der Selbstbestimmung der unter englischer Zwangsherrschaft schmachenden Völker stehe*). Im übrigen entbehrt es nicht einer gewissen Pikanterie, zu sehen, daß, während Buber noch in seinem „Geist des Judentums“ diesen als den Geist Asiens deklariert und erhalten zu wissen wünscht, ja gerade für ihn den Schutz der deutschen Regierung in Anspruch nimmt, man jetzt in dem Organ Bubers Nationen wie die Juden und Zren als „exotisch“ herabzuwürdigen sucht, um so den verantwortlichen deutschen Staatsmännern etwas anhängen zu können. Auch hierin wird die ganze Kurzsichtigkeit und Überheblichkeit dieser jüdisch-nationalistischen Politik offenbar.

Das Verlangen Behrs, Deutschland solle als Friedensziel die Anerkennung der jüdischen Nation in den östlichen Ländern verkünden, ist nicht erörterungsfähig; denn 1. kann sich Deutschland für den steilen Weg zum Frieden nicht mit übermäßigem Gepäck belasten und muß daher seine Forderungen auf deutsche und nicht auf nationaljüdische Interessen einstellen; 2. müßte sich die Forderung der Anerkennung der jüdischen Nation doch sinngemäß auf die in den gleichen sozialen Verhältnissen lebenden Juden Galiziens und der Bukowina erstrecken; nun ist diese aber von den maßgebenden österreichischen Behörden stets mit größter Entschiedenheit abgelehnt worden; insbesondere enthält „das Erkenntnis des Reichsgerichts vom 26. Oktober 1909 eine strikte Dekretierung, die Juden in Österreich bilden keinen Volksstamm (Nationalität), die ganze historische Entwicklung der Juden gehe dahin, die Juden lediglich als Religionsgesellschaft zu betrachten und zu behandeln.“ So Dr. M. Rosenfeld-Przemysl in den „Neuen Jüdischen Monatsheften“ vom 10. bis 25. September 1917.***) Demnach muß die hier zurückgewiesene nationaljüdische Agitation auch in Österreich Mißtrauen erwecken und das Verhältnis zu unserm Bundesgenossen schädigen; 3. wäre aber auch die Klausel eines Friedensvertrages ein ganz ungeeignetes Mittel, um das von nationaljüdischer

*) Allerdings hat die deutsche Regierung — und mit Recht — den Zren auf Rat Sir Roger Casements Unterstützung für ihre nationalen Bestrebungen zugesagt. Aber die Zren sind sich am allerwenigsten zweifelhaft darüber, daß die Befreiung eines Volkes nur sein eignes Werk sein kann.

**) Rosenfeld selbst fordert die Anerkennung der jüdischen Nation auch in Österreich. Es liegt mir fern, die Billigkeit dieser Forderung zu bestritten, aber die deutsche Regierung hat keinen Anlaß, sich in die inneren Verhältnisse Österreichs zu mischen. — Charakteristisch ist auch, daß in den österreichischen Okkupationsgebieten alle nationalen Bestrebungen der Juden mit weit größerer Schärfe unterdrückt werden, als in den deutschen. Dies gibt auch der dem National-Judentum durchaus wohlwollend gegenüberstehende Zionist Dr. Friedemann ausdrücklich zu. (Vgl. „Neue Jüdische Monatshefte“ 1917 Seite 659.)

Seite erstrebte Ziel zu erreichen. Gerade das Beispiel Rumäniens sollte doch zeigen, wie wenig damit getan ist, wenn ein Staat wider seinen Willen die Anerkennung der jüdischen Gleichberechtigung auf einem internationalen Kongresse versprechen muß. Er mag sie ruhig versprechen; wer gibt die Sicherheit dafür, daß er das Versprechen auch hält?

Aber für manche jüdischen Nationalisten ist die Geschichte nur dazu da, um nichts daraus zu lernen. Ein völlig weltfremdes Ideologentum erhebt hier allen Ernstes Anspruch darauf, auf die Geschichte des Deutschen Reiches Einfluß zu gewinnen. Nun besteht ja glücklicherweise nicht die Gefahr, daß die sehr achtbaren Literaten um Huber gerade ins deutsche Auswärtige Amt berufen werden; aber wir Juden haben alles Interesse, daran zu denken, daß nicht unsere Gemeinschaft durch solche Amateurpolitiker geschädigt werde. Zurückzuweisen sind daher die Angriffe, die von nationaljüdischer Seite immer wieder gegen die deutsche Verwaltung in Polen und insbesondere auch gegen den jüdischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas erhoben werden, der dort in verantwortlicher Stellung tätig ist. Es ist gänzlich abwegig, wenn Behr es als ein Kapitalverbrechen der deutschen Judenpolitik bezeichnet, daß man sich in Litauen dem jüdischen Nationalgedanken sympathischer gegenüberstellt als in Polen.

„Es braucht nicht mehr in eine Untersuchung darüber eingetreten zu werden, ob die polnischen Juden eine Nation darstellen oder nicht. Diese Frage ist erledigt, und wenn die deutsche Verwaltung in Ober-Ost mit einem gewissen Nachdruck veröffentlichen läßt, daß sie an dem Begriff der jüdischen Nationalität in Litauen nicht zweifelt und ihre Gleichstellung mit den anderen Nationen durchgeführt habe, so beweist das am besten, daß diese Frage von der deutschen Verwaltung nicht als eine prinzipielle, sondern als eine der politischen Taktik betrachtet wird. In Ober-Ost paßt es in das politische System, die jüdische Nation anzuerkennen, in Polen nicht und daher die sich entgegenstehende Auffassung der beiden Verwaltungen. Man begreift, daß es dem jüdischen Volke wie eine Schmach erscheinen muß, seine Existenzrechte lediglich unter dem Gesichtspunkte des politischen Spiels gewertet zu sehen.“ (S. 584.)

Demgegenüber sind wir allerdings der Auffassung, daß man auswärtige Politik nicht nach prinzipiellen, will sagen: doktrinären, sondern nach politischen Rücksichten betreiben muß. Ich halte — um es noch einmal zu wiederholen — die „nationale Heimstätte in Palästina“ für ein Ziel, des Schweißes der Edeln wert. Ich habe auch, so entschieden ich das Bestehen einer jüdischen Nation in Deutschland bestreite, stets den nationalen Charakter des Ostjudentums anerkannt, und ich meine, daß alle Bestrebungen der Ostjuden, diese ihre nationale Sonderexistenz zu schützen, unsere größte Sympathie verdienen. Nur in dem kann ich mich mit Herrn Behr nicht einverstanden erklären, daß es die Aufgabe des deutschen Volkes wäre, für die jüdische Autonomie in Polen seine Haut zu Markte zu tragen. Eine deutsche Regierung, die um der nationalen Rechte der Juden willen sich die Polen unnötig verfeinden wollte, würde keine acht Tage im Amte bleiben. Und was wäre denn damit erreicht, wenn die deutsche Verwaltung, gestützt auf ihre militärische Macht, von den Polen die nationale Anerkennung der Juden erzwingen sollte. Die nationale Empfindlichkeit der Polen würde aufs äußerste gereizt werden, und es würde sich diese Erbitterung nach Friedensschluß in furchtbarer Weise gegen die kleine jüdische Minderheit Luft machen.

„Angeichts dieser Situation konnte die deutsche Regierung, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Perfidie aussetzen wollte, unmöglich Maßnahmen im jüdisch-nationalistischen oder zionistischen Sinne treffen. Sie mußte vielmehr sich darauf beschränken, für die Juden diejenige Behandlung zu erreichen, welche in Westeuropa üblich ist und müßte es einer späteren, okkupationsfreien Zeit überlassen, ob sich Juden und Polen im national-gelinden Sinn auseinandersetzen. Die deutsche Verwaltung hielt es außerdem für unverantwortlich, diese wirtschaftlich deklassierte, moralisch noch nicht ertüchtigte jüdische Masse dem Haß der wirtschaftlichen Verteilung durch ihre Schuld auszusetzen.“

So der Bericht des nach Polen zur Wahrung der religiösen Interessen der polnischen Juden durch die Frankfurter „Freie Vereinigung“ entsandten Rabbiners Dr. Kohn aus Ansbach. („Jüd. Rundschau“ 1918 S. 3.) Demnach ist es tiefbedauerlich, wenn man von nationalistischer Seite das Wohlwollen der deutschen Regierung, die sich den größten Dank der Judenwelt verdient hat, mit ganz ungerechtfertigten Angriffen vergilt. Hierdurch wirft man der deutschen Verwaltung in ihren Bestrebungen für das Judentum geradezu Knüttel zwischen die Beine; die Folge kann nur eine empfindliche Schädigung der polnischen Juden sein (vgl. hierzu insbesondere den Bericht über die Erklärung des Reichstagsabgeordneten Dr. Haas, „N. Jüd. Monatshefte“ 1917 Bd. 2 S. 28). Zugleich aber bringt man Deutschland in unverantwortlicher Weise vor dem Auslande in Verruf. In dem Behrschen Artikel sind diese Angriffe doppelt empörend, weil gerade Behr wiederholt auf die Wichtigkeit der Sympathien der ausländischen Juden hinweist. 99 Prozent der deutschen Juden lehnen für solche Politik jede Verantwortung ab.

Aber auch andere Ausführungen Behrs fordern entschiedenen Widerspruch heraus. So, wenn er von der Türkei die Erfüllung der palästinensischen Forderungen mit der Begründung verlangt:

„Der einheitliche Wille des allweltlichen Judentums, wie er sich in diesem Kriege in seinen gemeinsamen Forderungen verdichtet hat, wird sich nach dem Kriege auch in seiner Macht zeigen. Und daß diese Macht auf dem Gebiete der Finanzen, der öffentlichen Meinung, der Beeinflussung der Politik nicht gering ist, sieht heute fest. Man kann nur wünschen, im Interesse der harmonischen Entwicklung des jüdischen Volkes ebenso wie der gedeihlichen Zukunft des türkischen Reiches, daß die türkischen Staatsmänner noch rechtzeitig sich dieser Möglichkeiten bewußt werden.“ (S. 580.)

Ähnlich heißt es bei Besprechung der deutschen Judenpolitik: „Es ist offenbar so, daß bei der Abwägung der verschiedenen Interessen die Bedeutung der jüdischen Interessen für die deutsche Außenpolitik in Deutschland unterschätzt wird. Man ist in Deutschland noch zu wenig vertraut mit dem Begriff der jüdischen Nation, des jüdischen Einheitswillens, der jüdischen Volkspolitik.“ (S. 582.) Demgegenüber muß betont werden, daß es auf politischem Gebiet „einen einheitlichen Willen des allweltlichen Judentums“ nicht gibt (oder doch nur in der Phantasie der Antisemiten) und daß wir deutschen Juden die Einreihung in ein politisches Allerweltsjudentum als Beleidigung und Verdächtigung zurückweisen.

Es ist nicht ungefährlich, gegen die Agitation der nationaljüdischen Heißsporne aufzutreten, aber es ist nicht möglich, länger zu schweigen. Planmäßig sucht man auf jener Seite die Grundlagen unserer Gemeinschaft zu unterwühlen. Dahin zielt es, wenn der bekannte jüdische Nationalist Professor Dr. Loewe in den „Neuen Jüd. Monatsheften“ vom 10. Oktober 1916 die jüdischen Gemeinden auffordert, jüdisch-nationale Schulen, Volksschulen, Realschulen, Gymnasien zu errichten, dahin, wenn der gleichfalls national-jüdische Rechtsanwalt Dr. Kolenscher, der Gemeindeferent der „Neuen jüdischen Monatshefte“ es in diesen (Nr. vom 10. November 1916) als Losung ausgibt, die jüdischen Gemeinden sollten die Fragen des Kultus und Ritus aus ihrer Zuständigkeit ausschalten und diese vielmehr freien, innerhalb der offiziellen Synagogengemeinden zu bildenden religiösen Gemeinden überlassen — was doch auf nichts anderes hinauslaufen kann, als die jüdischen Gemeinden zu nationalen Organen zu machen. Wohin die Reise geht, zeigt am deutlichsten ein Artikel, den Gust. Landauer, wohl der geistvollste Vertreter des Buberschen Gedankenkreises im „Juden“ (Oktober 1916) über „Östjuden und Deutsches Reich“ veröffentlicht:

„Denn das sei zum Schluß noch gesagt: bilden wir uns ja nicht ein, daß, wenn wir im rechten Geiste unsere Einheit mit dem gesamten Judentum zur Tat werden lassen, wir Westlichen es seien, die da hülfsen und jene Östlichen, denen geholfen würde. In aller hoffnungsvollen Demut vielmehr wollen wir erkennen, daß Rettung, Aufschwung und Erneuerung der gesamten Judentum nicht nur und daß wir dem Schicksal innig zu Dank verpflichtet sind, wenn es uns die Gnade

gewährt, daß die Not der Ostjuden in all ihrer Gräßlichkeit unsere eigene wird. Nichts Besseres könnte uns zuteil werden, als daß wir uns in dieser europäischen Menschheit, wie sie jetzt ist, als ganz Fremde, Verlassene und Verstößene fühlen.“

Es fällt mir nicht ein, das reine Wollen dieser jüdischen Nationalisten zu bezweifeln, aber es ist nicht länger zu dulden, daß sie als die berufenen Vertreter der deutschen Juden angesehen werden. Wir wollen nicht, daß das Elend der russischen Juden das unsere werde, nicht, daß unsere Kinder sich als entrechtete Paria in Deutschland fühlen, sondern wir wollen, daß sie als freie Bürger eines freien Staates ihren Kopf aufrecht tragen — einen Erdenkopf, der der Erde Sinn schafft.*)

Weit von uns weisen aber müssen wir alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, uns in Gegensatz zu unserem Vaterlande zu bringen. Dahin gehört es, wenn in derselben Nummer des „Juden“, die mit dem Behrschen Artikel eröffnet wird, in einem weiteren Aufsatz Egon Rosenberg einen „Kongreß der deutschen Juden“ und im Anschluß hieran einen Kongreß der Juden aller Länder fordert.

„Der Friedenskonferenz werden die Kongresse, wird der Kongreß der Juden aller Länder vorangehen. Er wird die Forderungen für das jüdische Volk, denen die Sympathien der Völker gesichert sind, in dessen eigenen Namen aufstellen und wird die Organisation und die Mittel schaffen, diese Forderungen durchzuführen. — Es soll der Kongreß der Juden aller Länder werden. Auch der deutschen Juden. Es ist sicher, daß sich gegen den Gedanken des Kongresses diejenigen Kreise der deutschen Juden wenden werden, denen an einer Erhaltung und Fortentwicklung des Judentums nichts gelegen ist. Aber es muß endlich die scharfe Trennungslinie gezogen werden. Die aus dem Judentum heraus wollen, dürfen nicht länger ihre, das Judentum zerstörenden Absichten hinter dem Schein jüdischer Interessen verstecken. Die deutschen Juden aber, die ihr Eigendasein verteidigen und das Leben ihrer Gemeinschaft sichern wollen, werden sich dem großen Geschehen dieser Zeit nicht entziehen können.“ (S. 590/91.)

Wir deutschen Juden verwahren uns ganz entschieden gegen die Zumutung, mit Angehörigen feindlicher Staaten zu paktieren. Ein solcher alljüdischer Kongreß könnte sich auch nicht durch den Hinweis auf die internationalen Sozialistenkonferenzen rechtfertigen; denn diese sollten im Interesse aller Länder den Frieden anbahnen, jener aber soll national eigensüchtige Zwecke verfolgen. Wir deutschen Juden können auf dem Friedenskongresse keine andere Vertretung als die unsere anerkennen, denn die unseres Vaterlandes. Und wir weisen es zurück, daß man unsere selbstverständliche, staatsbürgerliche und nationale Stellungnahme zum Anlaß nimmt, unsere Treue zum Judentum in Zweifel zu ziehen, ja daß eine kleine Minderheit den Versuch macht, alle, die ihre Irrungen nicht billigen, geradezu aus dem Judentum herauszudrängen.

Man hat den Patriotismus der deutschen Juden früher oft dadurch zu verächtigen gesucht, daß man auf ihre Zugehörigkeit zu den Parteien der Linken hinwies; allerdings, die deutschen Juden stehen im allgemeinen zum Liberalismus, dem sie ihre Gleichberechtigung verdanken; aber dann gilt von ihnen auch, was Ziegler einst von den deutschen Demokraten sagte: die Herzen der deutschen Juden sind da, wo Deutschlands Fahnen wehen.

*) Vgl. meine in diesen Tagen in der Geigerschen „Allgem. Ztg. des Judentums“ erscheinende Arbeit „Der Jude in der nichtjüdischen Umgebung“.

